

QUELLE: MAZ, ZOSSENER RUNDSCHAU, 26.11.2011

ERSCHLIESSUNGSVERTRAG: Cieslik lehnt Tariftreueerklärung ab

SPD-Fraktion bleibt hartnäckig, unterliegt aber erneut

GROSSBEEREN - Zum zweiten Mal wurde am Donnerstagabend der Gemeindevertretung Großbeeren ein Erschließungsvertrag zur Beschlussfassung vorgelegt. Zum zweiten Mal erklärte sich Bürgermeister Carl Ahlgrimm (parteilos) nach der brandenburgischen Kommunalverfassung für ausgeschlossen und setzte sich in die Zuschauerreihen. Zum zweiten Mal stellte die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag, wonach der Generalunternehmer als Vertragspartner der Gemeinde eine Tariftreueerklärung abgeben soll. Zum zweiten Mal lehnte die Gemeindevertretung diesen Antrag mehrheitlich ab.

Es war wie ein Déjà-vu, weil sich alles so ähnlich abspielte wie beim ersten Mal auf der Sitzung am 27. Oktober. Es sollte ein Erschließungsvertrag zu einer Teilfläche des Bebauungsplangebietes „Trebbiner Straße“ in Großbeeren beschlossen werden. Vertragspartner der Gemeinde ist die Firma Ciema. Sie gehört dem Großbeerener Bauunternehmer Manfred Cieslik, weswegen sich der Bürgermeister von der Abstimmung ausschloss, weil die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen zu enger Beziehungen zwischen dem Amtsträger und dem Unternehmer.

Anders als an diesem Donnerstag wurde vor vier Wochen noch heftig diskutiert über den Änderungsantrag der SPD, die Cieslik dazu verpflichten wollte, nur solche Firmen zu beauftragen, die nachweislich Tariflohn zahlen. Denn Ciesliks Unternehmen besteht praktisch nur aus ihm selber. Er beauftragt für alle seine Bauvorhaben andere Unternehmen, deren Arbeit er dann koordiniert.

Dass er – so wie von der SPD beantragt – eine Tariftreueerklärung abzugeben hat, lehnte die Mehrheit vor vier Wochen erstmals ab. Laut Gemeindeverwaltung handle es sich dabei nicht um eine öffentliche Auftragsvergabe, weshalb eine solche Tariftreueerklärung anzuwenden gesetzwidrig sei. „Wenn das ungesetzlich ist, kann meine Fraktion das nicht mittragen“, meinte dazu Michael Richter von der CDU.

Antragsteller Berndt von Schrötter (SPD) bezweifelte die Ungesetzlichkeit und forderte die Verwaltung auf, ihm nachzuweisen, dass dies ungesetzlich sei.

Bei der Novembersitzung nun wurde ein korrigierter Beschlussvorschlag nochmals vorgelegt, weil der ursprüngliche Beschluss wegen anderer Dinge formal beanstandet werden musste. In der Antragsbegründung stand vorsorglich, dass die Firma Ciema mündlich mitgeteilt habe, „dass sie die Hereinnahme selbst einer deklaratorischen Tariftreueerklärung in das zu vereinbarende Vertragswerk“ ablehne.

Das hielt Berndt von Schrötter aber nicht davon ab, seinen Änderungsantrag von vor vier Wochen erneut zu stellen, was wiederum – diesmal ohne Diskussion – abgelehnt wurde, diesmal mit fünf Ja-, acht Neinstimmen und zwei Enthaltungen.

Der eigentliche Beschlussantrag wurde daraufhin mit zehn Ja-, vier Neinstimmen und einer Enthaltung angenommen. (Von Hartmut F. Reck)

QUELLE: MAZ, Zossener Rundschau, 26.11.2011